

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 63 (1976)
Heft: 22

Artikel: "Bildungseuphorie"
Autor: Müller-Marzohl, Alfons
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-533658>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Was meinen Sie dazu?

«Bildungseuphorie»

Auch die Bildungspolitik lässt sich leichter mit Schlagworten als mit Ideen bewältigen. Das kann man belegen: Wer immer heute von Bildungspolitik spricht, wird nicht versäumen, zum Wort «Bildungseuphorie» zu greifen. Wie jedes Schlagwort entzieht es sich allerdings einer genauen Definition. Es enthält einen globalen Vorwurf, wenn nicht gar ein vernichtendes Urteil gegenüber all dem, was seit dem Zweiten Weltkrieg auf dem Gebiet des Bildungswesens in Gang gesetzt worden ist: Wegen der Euphorie sind Schulhäuser aus dem Boden gestampft worden, aus Euphorie hat man die unnütze Mädchenbildung vorangetrieben, und für die steigende Studentenquote gibt es nur einen Grund: die Euphorie.

Schlagwörter sind nicht deshalb gefährlich, weil sie die Sachverhalte unrichtig darstellen, sondern weil sie zu falschen Massnahmen verleiten: Wenn einmal klar geworden ist, dass «Bildungseuphorie» der Urgrund aller Fehlentwicklung war, dann gibt es wohl nur einen Schluss: Eine Politik der Gegeneuphorie: Brutale Selektion ist wieder eine heilige Pflicht, gleichgültig, ob sie etwas taugt oder nicht. Der Sparonkel setzt sich über pädagogische Forderungen hinweg, und die Finanzpolitiker sagen wieder, was von der Bildung zu halten ist: nicht viel, wenn sie Geld kostet.

Es wird uns nicht gelingen, in diesen schwierigen Zeiten eine vernünftige Bildungspolitik durchzusetzen, wenn es uns nicht zuvor gelingt, die Bildungspolitik der letzten zwanzig Jahre unvoreingenommen und kritisch zu würdigen. So müsste z. B.

bei den Aktiven und nicht bei den Passiven verbucht werden, dass es die Schweiz zustande gebracht hat, den quantitativen Rückstand im höheren Bildungswesen einigermassen wettzumachen. Die Erfolge der Mädchenbildung und der steigende Anteil der Hochschulstudentinnen sind als absolute Notwendigkeit zu beurteilen. Der Ausbau der Mittelschulen auf der Landschaft war ein Gebot der Gerechtigkeit, und darüber hinaus ein Gebot staatspolitischer Überlegungen: Nur so war es möglich, die Landschaft davor zu bewahren, öde Provinz zu werden und die Anziehungskraft der Städte noch zu verstärken.

Aber auch der Ausbau des Berufsschulwesens und der Techniken kann nicht als «euphorisch» abgetan werden. Überhaupt: Wo stände heute die Schweiz, wenn sie auf dem Gebiet der Bildung passiv geblieben wäre? Es ist kaum auszudenken, wie hart uns die Rezession getroffen hätte, wenn wir nicht gewaltige Summen in die Entfaltung unserer Fähigkeiten investiert hätten.

Wir brauchen deshalb nicht mit schlechtem Gewissen zur Kenntnis zu nehmen, dass unser ganzes Bildungswesen einen Sprung nach vorn getan hat. Im Gegenteil! Es war notwendig, so zu handeln. Mit Euphorie hat das nichts zu tun, höchstens mit Aufbruchstimmung und Pioniergeist.

Die Bilanz weist freilich auch Passiven auf: Pädagogisch ist uns der Sprung nach vorn kaum gelungen; in den zahlenmässig entwickelten Schulen herrscht nicht überall der Geist, der erforderlich wäre. Und beim Bau der Schulhäuser haben wir uns angewöhnt,

mit der grossen Kelle anzurichten, was der Schule keinen Gewinn gebracht hat. Nun befinden wir uns vor einer Bewährungsprobe, und wir bestehen sie nur, wenn wir uns von Schlagworten frei machen. Es gilt nun in erster Linie, das zu halten, was wir erreicht haben. Und dazu gehört, dass wir alles unternehmen, um dem studienberechtigten und studienwilligen jungen Schweizer den Studienplatz zu sichern, den wir ihm versprochen haben. Der Ausbau der Hochschulen ist eine Verpflichtung, um die wir uns nicht drücken können, ohne uns selbst einen schweren Schaden zuzufügen. Die Politiker haben also die notwendigen Mittel zu beschaffen, um das begonnene Werk zu vollenden. Aber sie haben das Recht und die Pflicht, auf eine sparsame und rationelle Verwendung dieser Mittel zu dringen. Noch ist es möglich, die Kapazität

mit «Hausmitteln» beträchtlich zu erhöhen, aber es wäre ein Irrtum anzunehmen, dass die Probleme nur mit Sparmassnahmen gelöst werden können.

In der Zwischenzeit gilt es freilich auch, nicht nur die Kapazität der Bildungsstätten, sondern auch ihren Geist zu entwickeln. All jenen, die so leichtfertig mit dem Schlagwort der Bildungseuphorie umgehen, ist aber schliesslich folgendes zu bedenken zu geben: Es ist vorhin die Frage gestellt worden: Wo stände heute die Schweiz, wenn sie auf dem Gebiet der Bildung passiv geblieben wäre? Die gleiche Frage ist für die Zukunft zu stellen: Wo werden wir stehen, wenn wir heute die Bildungspolitik bremsen und den sinnlosen Versuch unternehmen, rückwärts drehen zu wollen?

Alfons Müller-Marzohl
in: «Bildung» 19/1976

Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»

CH: SP-Parteitag verabschiedet neue Bildungsthesen

Fast sechs Stunden diskutierten die SP-Delegierten an ihrem Parteitag in Montreux neue Thesen zur Bildungspolitik. Die Thesen sollen einen neuen Orientierungsrahmen darstellen. Wie aus allen Voten hervorging, wendet sich die SP gegen jeden Abbau auf dem Bildungssektor. Vor allem müssten die immer noch vorhandenen Chancenunterschiede (Mann – Frau, Stadt – Land, Numerus-clausus-Ansätze usw.) abgebaut bzw. verhindert werden. Die Thesen fordern die Gleichwertigkeit aller Ausbildungen.

Die «einseitige Auslese» durch das bestehende «hierarchische System» müsse verschwinden. Das künftige Bildungssystem müsse folgende Bereiche umfassen: Vorschulerziehung, Grundbildung (Primarschule), Sekundar- und Mittelschule sowie Erwachsenenbildung, eingeschlossen das Hochschulstudium. Neu eingefügt wurde in die Thesen die Forderung, dass in den ersten Lebensjahren sich ein Elternteil «voll oder überwiegend» der Erziehung der Kinder widmen könne. Eltern und Schüler, nicht aber die Lehrer, seien an den Entscheidungen über Schule und Ausbildung «mitbestimmend» zu beteiligen. Schließlich wurde gegen den Widerstand des Parteivorstandes ein Passus

beschlossen, dass kein Lehrer entlassen oder sonstwie unter Druck gesetzt werden dürfe, nur weil er die Thesen der SP verfechte.

ZH: «Armeefeindlich, ein Stück staatsfeindlich»

Neu entbrennen dürfte die Diskussion um Militärdienstverweigerer im Schuldienst, nachdem die Ablehnung eines Rekurses durch den Zürcher Regierungsrat im «Fall Steiner» bekanntgeworden war. Der 29jährige Steiner wurde im Jahre 1975 von der Zürcher Erziehungsdirektion nicht in den Schuldienst genommen, weil der ausgebildete Sekundarlehrer zweimal wegen Militärdienstverweigerung verurteilt worden war, Mitglied der Internationalen der Kriegsdienstgegner (IDK) war sowie 1972 ein armeekritisches Flugblatt verteilt hatte. Gegen diesen Entscheid wurde beim Zürcher Erziehungsrat unter Vorsitz von Regierungsrat Alfred Gilgen Beschwerde geführt, der sie aber ebenso wie nun die Regierung ablehnte.

Der Regierungsrat kam zum Schluss, dass Steiner ein «politisch engagierter Pazifist ist oder doch zumindest war, der auch öffentlich für seine Überzeugung eintritt». Seine Haltung sei also «eindeutig armeefeindlich». Da aber die Armee ein integrierender Bestandteil des schweizerischen Staatswesens ist, beinhalte «Armeefeind-